



„Die Politik hat uns ungedeckte Schecks ausgestellt“

Dr. Jürgen Welsch über seine Arbeit in der Bundes-KZV

Seit Ende März ist Dr. Jürgen Welsch stellvertretender Vorsitzender der Vertreterversammlung (VV) der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung. Zugleich ist er Vorsitzender der VV der KZVB. Wir sprachen mit dem unterfränkischen Zahnarzt über seine Arbeit in Bayern und im Bund.

BZB: Sie sind Vorsitzender der VV der KZVB und stellvertretender Vorsitzender der VV der Bundes-KZV. Inwiefern unterscheidet sich die Arbeit in den beiden Gremien?

Welsch: In beiden Versammlungen ringen die Delegierten um die bestmöglichen Lösungen für die Zahnärzteschaft. Die Zuständigkeiten sind gesetzlich geregelt. Die Rahmenbedingungen gibt die Bundesebene vor, die konkrete Umsetzung erfolgt auf Landesebene. Ein gutes Beispiel dafür ist die Honorarverteilung. Seit 1. Januar sind die meisten BEMA-Teile bekanntlich erneut budgetiert. Verantwortlich dafür ist Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach. Wir haben sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene entschieden gegen dieses planwirtschaftliche Steuerungsinstrument protestiert, konnten uns aber leider nicht durchsetzen.

BZB: Und wie reagiert der Berufsstand darauf?

Welsch: Jede KZV hat einen anderen Honorarverteilungsmaßstab (HVM), der von der jeweiligen Vertreterversammlung beschlossen wurde. Ich denke, dass wir in Bayern einen sehr intelligenten HVM haben, der den Zahnärzten Rechts- und Planungssicherheit gibt. Das Budgetradar, das im März an den Start ging, ermöglicht es unseren Mitgliedern, sich jederzeit über den Stand der Budgetausschöpfung zu informieren.

BZB: Und was passiert im Fall einer Budgetüberschreitung?

Welsch: Je nach Umfang der Budgetüberschreitung muss der Punktwert bei den sogenannten Mehrleistungen rückwirkend gekürzt werden. Aktuell zeichnet sich jedoch nur bei PAR eine Budgetüberschreitung ab.

BZB: War es ein Fehler, die neue PAR-Richtlinie einzuführen?

Welsch: Unabhängig von den Entscheidungen des Gesetzgebers steht außer Frage, dass Parodontitis eine Volkskrankheit ist. Millionen von Patienten sind davon betroffen. Es war richtig und wichtig, dass auch gesetzlich Versicherte Zugang zu einer zeitgemäßen, wissenschaftlich abgesicherten PAR-Therapie erhalten. Allerdings hat uns die Politik hier einen ungedeckten Scheck ausgestellt. Der damalige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hatte zugesagt, dass die PAR-Therapie extrabudgetär sein wird. Sein Nachfolger Karl Lauterbach (SPD) hat diese Zusage nicht eingehalten und PAR ins Budget gepackt. Es war aber klar, dass die Gelder, die uns die Krankenkassen zur Verfügung stellen, nicht ausreichen werden, um alle medizinisch notwendigen PAR-Behandlungen zu finanzieren.

zen hat. In diesem Jahr sollen bei den Zahnärzten bundesweit 120 Millionen Euro eingespart werden. Dem stehen Gesamtausgaben von 285 Milliarden Euro gegenüber. Die Politik richtet also viel Schaden ohne echten Nutzen an.

BZB: Welchen Schaden befürchten Sie durch die Budgetierung?

Welsch: Das Signal an die jungen Kollegen ist verheerend. Wer nimmt das Risiko der Gründung oder Übernahme einer Praxis auf sich, wenn er nicht weiß, wie viel Geld ihm am Ende des Quartals bleibt? Schon jetzt sind fast zwei Drittel der Zahnärzte unter 40 als Angestellte tätig. Gleichzeitig gehen in den kommenden Jahren viele Ältere in den Ruhestand. Ich befürchte ein Praxissterben – gerade im ländlichen Raum. Verschärft wird die Situation durch die wachsende Zahl Medizinischer Versorgungszentren (MVZ), die sich auf die Großstädte konzentrieren.

BZB: Was fordern Sie mit Blick auf zahnärztliche MVZ?

Welsch: MVZ sind nicht per se verkehrt. Für mich ist es aber inakzeptabel, dass MVZ in der Hand internationaler Investoren sind, die irgendwo ein marodes Kran-

kenhaus gekauft haben. Deswegen haben wir zwei klare Forderungen an den Gesetzgeber: 1. Ein Fremdbesitzverbot. Zahnmedizinische MVZ dürfen ausschließlich von Zahnärzten gegründet und betrieben werden. 2. Eine räumliche Beschränkung. Ein Krankenhaus darf ein MVZ nur in seiner unmittelbaren Umgebung betreiben. Dafür werde ich mich auf Bundesebene einsetzen.

BZB: Wie können Sie die Tätigkeit in München und Berlin mit der Arbeit in Ihrer Praxis vereinbaren?

Welsch: Ich bin ja schon ein älteres Semester und arbeite in einer Berufsausübungsgemeinschaft mit einem sehr tüchtigen Kollegen. Außerdem sind meine beiden Ämter Ehrenämter. In Bayern unterstützt mich zudem Dr. Romana Krapf als stellvertretende VV-Vorsitzende. Die Sitzungen der Vertreterversammlungen finden überwiegend am Wochenende statt, sodass mir noch genügend Zeit für die Behandlung meiner Patienten bleibt.

BZB: Vielen Dank für das Gespräch!

Die Fragen stellte Leo Hofmeier

BZB: Was raten Sie den Zahnärzten?

Welsch: Jeder Kollege muss selbst entscheiden, wie er mit der neuen Situation umgeht. Die KZVB kann nur so frühzeitig und transparent wie möglich über sich abzeichnende Budgetüberschreitungen informieren. Doch klar ist auch: Jede privat abgerechnete PZR entlastet das PAR-Budget. Und man hat natürlich als Behandler immer ein gewisses Ermessen, ob und wann man eine PAR-Therapie beginnt. Für den Erfolg kommt es ja auch sehr auf die Mitwirkung und die Compliance des Patienten an. Mittelfristig werden wir generell mehr Leistungen über die GOZ abrechnen müssen, um das Überleben unserer Praxen zu sichern. Der Anteil der Privatleistungen liegt in einer Durchschnittspraxis schon heute bei knapp 50 Prozent. Allerdings muss auch der GOZ-Punktwert endlich an die Kostensteigerungen angepasst werden.

BZB: Glauben Sie, dass die Budgetierung dauerhaft sein wird?

Welsch: Ich fürchte, ja. Die Politik hat offensichtlich nicht den Mut zu tiefgreifenden Reformen im Gesundheitswesen. Das Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wird also weiterwachsen. Aktuell hat Karl Lauterbach nur zwei Stellschrauben, an denen er drehen kann: Beitragserhöhungen und Leistungskürzungen. Man muss auch ganz klar sagen, dass die Budgetierung bei den Zahnärzten keinen nennenswerten Effekt auf die Konsolidierung der GKV-Finan-



Dr. Jürgen Welsch (links) leitet gemeinsam mit Meike Gorski-Goebel und Dr. Holger Seib die Sitzungen der Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung.

© Andrey Popov – stock.adobe.com